

Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland

**Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina.**

**Auszug aus dem Protokoll**

*Die Evangelische Kirche im Rheinland bekräftigt in ihrem Synodalbeschluss von 2016 ihre Solidarität mit dem Staat Israel und spricht sich gleichzeitig für eine völkerrechtlich anerkannte Zwei-Staaten-Lösung aus, die die Koexistenz eines sicheren Israel und eines souveränen Palästinas ermöglicht. Sie fordert eine Intensivierung der politischen Bemühungen zur Anerkennung eines palästinensischen Staates als Beitrag zu einem nachhaltigen Friedensprozess. Die Kirche setzt sich für einen interreligiösen Dialog sowie Gespräche mit politischen und diplomatischen Akteuren ein, um diese Anerkennung voranzutreiben. Oberkirchenrätin Barbara Rudolph betont in ihrer Rede die doppelte Verantwortung der Evangelischen Kirche im Rheinland sowohl für das jüdische Volk und den Staat Israel als auch für die christlich-palästinensischen Geschwister, weshalb sie sich für eine völkerrechtliche Anerkennung Palästinas als Schritt zu Gerechtigkeit und Frieden einsetzt. Als Gastredner hebt Prof. Dr. David Elcott in seiner Ansprache hervor, dass das Gedenken an die Shoa sowohl das Recht Israels auf Selbstverteidigung als auch die Verpflichtung zur Wahrung von Gerechtigkeit und der Rechte der Palästinenser umfasst, weshalb er die Resolution der Synode als mutigen Schritt für eine friedliche Zukunft beider Völker unterstützt.*

Keywords: Interreligiöser Dialog, Christentum, Judentum, Israel, Palästina, Zwei-Staaten-Lösung

**Beschluss 19:**

*1. Die Evangelische Kirche im Rheinland erinnert an ihre landessynodalen Beschlüsse, in denen die Solidarität mit dem Staat Israel und das Eintreten für seine Sicherheit seit vielen Jahrzehnten unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht wird. Allen Formen von Israelfeindschaft und Delegitimierung des Staates Israel tritt die Evangelische Kirche im Rheinland entschieden entgegen.*

*2. Sie erinnert zugleich an die völkerrechtlich verbindliche Beschlusslage, der zufolge ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein palästinensischer Staat neben-einander in Frieden und Sicherheit und gegenseitiger Anerkennung ihrer staatlichen Souveränität und Integrität bestehen sollen („Zwei-Staaten-Lösung“). Für diesen Prozess ist die internationale Anerkennung auch der palästinensischen Eigenstaatlichkeit notwendig, die einen nachhaltig wirkenden Friedensprozess vorantreiben kann.*

*3. Die Evangelische Kirche im Rheinland setzt sich dafür ein, dass die Konfliktparteien auf dieser Grundlage die Suche nach einer politischen Lösung intensivieren.*

*4. Sie wird in Gesprächen*

*a) mit der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen,*

*b) mit ihren ökumenischen Partnern,  
c) mit Gesprächspartnern aus dem Bereich der Politik und Diplomatie,  
d) mit ihren jüdischen und muslimischen Gesprächspartnern in Deutschland  
e) sowie mit ihren jüdischen und palästinensischen Gesprächspartnern in Israel und in Palästina  
für notwendige Schritte in Richtung auf eine völkerrechtliche Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit durch die Bundesrepublik Deutschland ein-treten.  
(Mit großer Mehrheit bei sechs Gegenstimmen und acht Enthaltungen)*

## **LS 2016 Drucksache 6**

### **Vorlage der Kirchenleitung an die Landessynode**

### **Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina**

#### **A**

#### **BESCHLUSSANTRAG**

1. Die Evangelische Kirche im Rheinland erinnert an ihre landessynodalen Beschlüsse, in denen die Solidarität mit dem Staat Israel und das Eintreten für seine Sicherheit seit vielen Jahrzehnten unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht wird. Allen Formen von Israelfeindschaft und Delegitimierung des Staates Israel tritt die Evangelische Kirche im Rheinland entschieden entgegen.

2. Sie erinnert zugleich an die völkerrechtlich verbindliche Beschlusslage, der zufolge ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein palästinensischer Staat in Frieden und Sicherheit nebeneinander bestehen sollen („Zwei-Staaten-Lösung“). Hierfür ist die Anerkennung auch der palästinensischen Eigenstaatlichkeit notwendig, die einen nachhaltig wirkenden Friedensprozess vorantreiben kann.

3. Die Evangelische Kirche im Rheinland fordert die Konfliktparteien auf, die Suche nach einer politischen Lösung auf dieser Grundlage zu intensivieren.

4. Sie wird in Gesprächen

a) mit der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen,

b) mit ihren ökumenischen Partnern,

c) mit Gesprächspartnern aus dem Bereich der Politik und Diplomatie,

d) mit den jüdischen und muslimischen Gesprächspartnern in Deutschland

e) sowie mit den jüdischen und palästinensischen Gesprächspartnern in Israel und in Palästina

für notwendige Schritte in Richtung auf eine völkerrechtliche Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit durch die Bundesrepublik Deutschland eintreten.

#### **B**

#### **BEGRÜNDUNG**

zu 1.

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat sich schon lange in besonderer Weise für die Erneuerung ihres Verhältnisses zum Judentum eingesetzt. Dabei hatte immer wieder auch die politische Dimension des jüdisch-christlichen Verhältnisses, insbesondere in Bezug auf den Staat Israel, hohe Bedeutung. So gehörte die

rheinische Synode 1965 zu denen, die die Bundesregierung dringend aufforderten, Israel das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu machen.

Im rheinischen „Synodalbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980 wird die „Errichtung“ - und 2005 wurde von der Synode ausdrücklich ergänzt, auch die „fortdauernde Existenz“ - des Staates Israel als „Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ verstanden und gedeutet (vgl. hierzu vor allem auch: Evangelische Kirche im Rheinland, Den rheinischen Synodalbeschluss zum Verhältnis von Christen und Juden weiterdenken, Düsseldorf 2008; EKIR, Diskussionsimpuls zur Lage in Israel/Palästina, Düsseldorf 2011). Damit wird weder der säkulare Staat Israel religiös überhöht, noch werden Gebietsansprüche oder Grenzen legitimiert. Wohl aber wird nach der versuchten Vernichtung des jüdischen Volkes in der Shoah die Existenz Israels als Grund zur Mitfreude am Überleben des von Gott erwählten Volkes benannt, der es bewahrt hat und bis heute bewahrt (vgl. zuletzt auch Evangelische Kirche in Deutschland, Gelobtes Land?, Hannover 2012, 105ff).

In allen Zusammenhängen wird die Evangelische Kirche im Rheinland auch weiterhin konsequent gegen jede Form von Antisemitismus und Israel-Feindschaft in unserer Gesellschaft eintreten.

zu 2.

Eine „Zwei-Staaten-Lösung“, in der der Staat Israel gemeinsam mit einem Staat Palästina existiert, ist seit dem sogenannten UN-Teilungsplan (Resolution 181) völkerrechtlich der Weg zu einem gerechten Ausgleich in der Region. Grundlage für die Differenzierung zwischen Israel und Palästina bleibt in den Friedensinitiativen bis heute eine Linie, die sich an den Vorkriegsgrenzen von 1967 orientiert. Angesichts der durch die Erfolglosigkeit bisheriger Verhandlungen und eine seit nunmehr fast 50 Jahren andauernde Siedlungspolitik entstandenen Realität wird die Umsetzbarkeit einer „Zwei-Staaten-Lösung“ verschiedentlich auch schon in Frage gestellt. Völkerrechtlich tragfähige Alternativen zeichnen sich bisher allerdings nicht ab und könnten auch in Zukunft nur von Israel und Palästina gemeinsam entwickelt

werden. Nur Verhandlungen und Dialog zwischen den Konfliktparteien können den Weg zu einem gerechten Ausgleich bilden. Dafür ist es notwendig, dass Israel und Palästina als zwei Staaten miteinander verhandeln können. International anerkannte Eigenstaatlichkeit verpflichtet Israel und einen zukünftigen Staat Palästina auch auf die Verpflichtungen, die sich aus staatlicher Verfasstheit im Völkerrecht ergeben (z.B. Recht auf Selbstverteidigung, Artikel 51, sowie Verpflichtung zum Gewaltverzicht, Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen).

Die Evangelische Kirche im Rheinland ist davon überzeugt, dass die Differenzierung zwischen israelischem und palästinensischem Staatsgebiet nicht zuletzt auch für Israels Zukunft als „jüdischer Staat“ (d.h. als Demokratie mit einer jüdischen Mehrheit und mit Schutz von Minderheiten) unerlässlich ist.

zu 4.

In intensivem Kontakt zu Jüdinnen und Juden und zu palästinensischen Gesprächspartnern bestärkte sich für die Evangelische Kirche im Rheinland die Überzeugung, dass die Eigenstaatlichkeit Palästinas völkerrechtlich und politisch ein notwendiger Schritt auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in der Region ist. Zuletzt hat sich dies in drei jüdisch-christlichen Workshops konkretisiert, die die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelical Lutheran Church in Jordan and the Holy Land (ELCJHL) seit 2012 in Jerusalem und Bet Jalla gemeinsam mit jüdischen Gesprächspartnern vornehmlich aus Israel und den USA veranstaltet haben.

Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht sich mit ihrem Anliegen, in der Bundesrepublik Deutschland notwendige Schritte auf dem Weg zur Anerkennung palästinensischer Eigenstaatlichkeit voranzutreiben, im Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2014 zur Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit (2014/2964(RSP)), in der auch das EU Parlament „seine nachdrückliche Unterstützung“ bekräftigt für eine „Zwei-Staaten-Lösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten, bei der ein in Sicherheit lebender Staat Israel und ein unabhängiger, demokratischer, zusammenhängender und lebensfähiger palästinensischer Staat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts in Frieden und Sicherheit nebeneinander bestehen.“

**Vorschlag der Kirchenleitung:**

**Überweisung an den Ausschuss für öffentliche Verantwortung (III) – federführend - und an den Theologischen Ausschuss (I)**

## **Oberkirchenrätin Rudolph - Einbringungsrede auf der LS 2016 (14.01.2016) Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina**

Hohe Synode,

Vor einem Jahr, auf der Landessynode 2015, hatten wir mit Deborah Weissman und Yohanna Katanacho zwei Gesprächspartner unserer rheinischen Kirche aus Israel zu Gast. Ihre Andachten und die Diskussionsveranstaltung in der Mittags-pause waren eindrücklich. Mir klingt es noch im Ohr, wie der palästinensische Pfar-ter Yohanna zu uns gesagt hat: „Wir sind hier, weil wir Eure Hilfe brauchen. Denkt mit uns mit. Lasst uns mit dem Konflikt nicht allein!“ - Natürlich sind *wir* es nicht, die den Konflikt lösen werden. Das können nur die Konfliktparteien selber. Aber wir müssen uns zu dem Konflikt verhalten, wir müssen ihn uns etwas *angehen* lassen. Von uns wird keine „Antwort“ auf die Fragen des Konflikts verlangt, aber eine „response“, wie Yohanna gesagt hat, eine „Reaktion“. Weil uns die Menschen am Herzen liegen, die in Israel und in Palästina unter diesem Konflikt leiden. Weil uns das Leid und die zunehmende Frustration unserer christlich-palästinensischen Geschwister erschüttern. Weil uns das Leid und die zunehmende Verzweiflung vieler jüdischer Gesprächspartner in Israel mit Sorge erfüllt. Seit mehreren Wochen und Monaten prägt nun eine erneute Eskalation der Gewalt die Situation. Gleich-zeitig herrscht eine nahezu völlige Perspektivlosigkeit bei der Suche nach politi-schen Lösungen.

In den vergangenen drei Jahren wurden diese Fragen für die Evangelische Kirche im Rheinland insbesondere bei den christlich-jüdischen Workshops diskutiert, die die Rheinische Kirche und die Evangelical Lutheran Church in Jordan and the Holy Land (ELCJHL) von Bischof Munib Younan seit 2012 gemeinsam mit jüdischen Gesprächspartnern vor allem aus Israel und den USA in Jerusalem und Bet Jalla ausgerichtet haben. Wir freuen uns, dass wir auch dieses Jahr einen dieser Gesprächspartner auf unserer Landessynode zu Gast haben, Prof. David Elcott aus New York. – Lieber David, es ist uns eine besondere Ehre, dass Du heute hier bist, als Freund und als Dialogpartner unserer rheinischen Kirche. Ich werde Dich gleich im Anschluss noch etwas genauer vorstellen, ehe Du dann das Wort bekommst und zu uns sprichst. Es bedeutet uns viel, dass Du heute hier bist.

Bei den jüdisch-christlichen Workshops in Jerusalem und Bet Jalla war David es im Übrigen, der uns als Vertreter der Rheinischen Kirche immer wieder gefragt hat: Warum macht ihr das? Warum investiert ihr als rheinische Kirche so viel in diese Workshops? Worin seht ihr eure Rolle, wenn Juden und Palästinenser über die Konflikte in Israel und Palästina miteinander sprechen? – Wir haben eine Verantwortung, habe ich geantwortet, und der kommen wir nach. Eine Verantwortung für das jüdische Volk und damit auch für den Staat Israel, der sich auch als Schutzge-häuse für das jüdische Volk versteht und ohne dessen Schutz jüdisches Leben im Nahen Osten nicht möglich wäre. Diese Verantwortung ergibt sich aus unserer deutschen Geschichte, vor allem aus den Schrecken der Shoa, und betrifft uns als Bundesrepublik Deutschland. Sie betrifft uns aber in besonderer Weise auch als Kirche, die sich der Erneuerung des christlich-jüdischen Verhältnisses verpflichtet hat. – Unserer Verantwortung gilt aber auch unseren christlich-palästinensischen Geschwistern und einer Kirche, die zu einem großen Teil aus rheinischer Missions-tätigkeit erwachsen ist. In der Kaiserswerther Diakonie liegen die Wurzeln der ELCJHL. – Wenn wir als rheinische Kirche mit der ELCJHL und mit jüdischen Gesprächspartnern über den Nahostkonflikt und über das jüdisch-christliche Verhält-nis sprechen, dann kommen wir unserer Verantwortung nach in Israel und in Pa-lästina.

„Agents of change“, lautete eines der Themen, über die wir 2015 beim Workshop in Bet Jalla diskutiert haben. „Wie reagieren wir in unseren jeweiligen Kontexten angemessen auf den Konflikt in Israel/Palästina?“, lautete die Frage, die David uns dabei vorgelegt hat. – Wir in der Kirchenleitung sind einstimmig zu dem Entschluss gekommen, dass der als Drucksache 06 vorgelegte Beschlussantrag „Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden in Israel und Palästina“ eine angemessene, konstruktive und hoffentlich hilfreiche Reaktion unserer rheinischen Kirche auf den Konflikt in Israel und Palästina ist. Eine „Zwei-Staaten-Lösung“ – auch wenn das Wort „Lösung“ irreführend sein kann –, in der der Staat Israel gemeinsam mit einem Staat Palästina existiert, ist nach wie vor völkerrechtlich der *einzig*e Weg zu einem gerechten Ausgleich in der Region. Ohne völkerrechtlich anerkannte Alter-native kann hiervon nicht abgewichen werden.

Vor etwas mehr als einem Jahr, im Dezember 2014, haben tausend israelische Intellektuelle und ehemalige Politiker, darunter so namhafte Schriftsteller wie Amos Oz, David Grossmann und Avraham Yehoshua eine Petition verfasst, mit der sie sich an zahlreiche europäische Parlamente gewandt haben und in der sie die Mitgliedstaaten der EU dazu ermutigt haben, sich jeweils für eine völkerrechtliche Anerkennung Palästinas auszusprechen. In der Petition, die auch an den Deutschen Bundestag gerichtet war, heißt es: „Es ist uns klar, dass die Möglichkeiten für Israels Überleben und seine Sicherheit von der Gründung eines palästinensischen Staates abhängen, basierend auf den Grenzen von 1967, sowohl mit Israels Anerkennung Palästinas als auch Palästinas Anerkennung Israels. Ihre Initiative zur Anerkennung des Staates Palästina wird die Chancen auf Frieden fördern und Israelis und Palästinenser ermutigen, den Konflikt zu lösen.“ Im Herbst 2014 hatte Schweden als erstes westeuropäisches Land die Anerkennung Palästinas vollzogen. Im Frühsommer 2015 vollzog auch der Vatikan für die katholische Kirche einen entsprechenden Schritt der Anerkennung palästinensischer Eigenstaatlichkeit.

Wenn die rheinische Kirchenleitung heute vorschlägt, dass sich auch die Landessynode dem Eintreten für notwendige Schritte in Richtung auf die Anerkennung Palästinas durch die Bundesrepublik Deutschland anschließt, so steht dabei an erster Stelle noch einmal die Erinnerung an die uneingeschränkte Solidarität, für die wir als rheinische Kirche in Bezug auf den Staat Israel und seine Sicherheitsinteressen eintreten. So gehörte diese rheinische Landessynode 1965 zu den wenigen kirchlichen Stimmen, die damals öffentlich und nachdrücklich die Bundesregierung aufforderten, Israel (auch gegen die Widerstände der arabischen Länder) das Angebot zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu machen. Im rheinischen „Synodalbeschluss zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980, schließlich, wird die „Errichtung“ (- und 2005 wurde von der Synode ausdrücklich ergänzt, auch die „fortdauernde Existenz“) des Staates Israel als „Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk“ verstanden und gedeutet.

Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag der Kirchenleitung wird nichts hiervon revidiert. Im Gegenteil. Vielmehr ist die Differenzierung zwischen israelischem und palästinensischem Staatsgebiet nicht zuletzt auch für Israels Zukunft als „jüdischer Staat“ (d.h. als Demokratie mit einer jüdischen Mehrheit und mit Schutz von Minderheiten) unerlässlich. Auch vor diesem Hintergrund geht es bei der Drucksache 6 darum, mögliche Schritte in Richtung einer völkerrechtlichen Anerkennung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit durch die Bundesrepublik Deutschland ins Ge-

spräch zu bringen. Durch die Anerkennung Palästinas könnte ein Impuls für die Wiederbelebung von Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien gegeben werden. Zwischenstaatliche Verhandlungen könnten den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden wieder in den Blick rücken. International anerkannte Eigenstaatlichkeit verpflichtet Israel und einen zukünftigen Staat Palästina dabei auch auf die Verbindlichkeiten, die sich aus staatlicher Verfasstheit im Völkerrecht ergeben (z.B. Recht auf Selbstverteidigung sowie Verpflichtung zum Gewaltverzicht). – Andere Initiativen und Aktivitäten, die auch von außen etwas bewegen wollen, halten wir für problematisch, da sie oft anti-israelischen Charakter haben oder jedenfalls nicht davor gefeit sind, in diesem Sinne missverstanden zu werden.

Wenn die hohe Synode dem Beschlussantrag der Kirchenleitung zustimmt, so wird die Evangelische Kirche im Rheinland das Gespräch suchen vor allem mit der EKD und ihren Gliedkirchen, mit Gesprächspartnern aus dem Bereich der Politik und Diplomatie, sowie mit den jüdischen Gesprächspartnern in Deutschland. Die Kirchenleitung ist sich bewusst, wie sensibel dieses Thema vor allem im Gespräch mit unseren jüdischen Gesprächspartnern hier in Deutschland ist. In Vorgesprächen, die wir geführt haben, wurde uns das auch sehr deutlich gesagt. Wir halten es nach intensiven Beratungen in der Kirchenleitung dennoch für unabdingbar, dass wir uns der Frage stellen, welche positiven Impulse wir in unserer Verantwortung angesichts des Konflikts in Israel und Palästina geben können.

Im Namen der Kirchenleitung möchte ich Dir, lieber David, nun noch einmal sehr herzlich danken, dass Du sehr spontan und unmittelbar zugesagt hast, heute zu uns zu kommen und bei der Einbringung dieses Themas auf der Landessynode zu sprechen. Dr. David Elcott hat, wie schon erwähnt, maßgeblich an den drei Workshops mitgewirkt hat, die wir als EKIR mit der ELCJHL in Israel und Palästina durchgeführt haben. David lehrt als „Professor of Practice in Public Service and Leadership“ an der New York University. Zuvor war er Direktor für Interreligiösen Dialog beim „American Jewish Committee“ und später Executive Director beim „Israel Policy Forum“, einer der großen Nichtregierungsorganisationen in den USA, die sich als Lobbyorganisation für einen, wie sie in ihrer Satzung schreiben, „jüdischen, demokratischen Staat mit friedlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn“ einsetzt.

Liebe David, wir freuen uns auf Dein Wort!

**Prof. Dr. David M .Elcott 14. Januar 2016**

## **Notwendige (und Not-wendende) Erinnerungen**

Genau wie Sie, so ringe auch ich mit den Worten „Niemals wieder!“. Was sind die Gebote und die Verantwortlichkeiten, die sich aus Erinnerungen und aus dem Gedenken ergeben müssen? Ich bin ein Kind Deutschlands. Teile meiner Familie kamen schon vor den Kreuzzügen an den Rhein nach Bad Kreuznach. Andere flohen vor der Verfolgung in Toledo in Spanien und kamen nach Anrath bei Krefeld. Unser Familienhaus in Anrath steht heute unter Denkmalschutz. Tausend Jahre engster Verbundenheit mit dem, was später zu Deutschland wurde. Wie für viele Juden, war Deutschland das Land meiner Vorfahren. Deutsch war die Sprache und die Kultur, die ihrem Leben Ausdruck und Bedeutung gab. Ich kannte schon mit fünf Jahren den „Struwelpeter“ auswendig (und ich bin, ehrlich gesagt, heute nicht sicher, wie ich dieses gemeinsame Erbe von uns beurteilen soll!). Ich habe meinen Kindern deutsche Gute-Nacht-Lieder vorgesungen, und mache dasselbe jetzt bei meinen Enkelkindern. Obwohl ich soweit von Deutschland entfernt, in den USA, geboren wurde, bin ich aufgewachsen als ob das Zuhause meiner Familie noch immer in Krefeld wäre. – Die Erinnerungen an Deutschland prägen mein Erbe und prägen mich. Ich stehe hier heute vor Ihnen als Kind Deutschlands.

Und dennoch kann das so wiederum auch nicht stimmen. Keinesfalls. Meine Mutter wurde als Kind von der Schule geworfen, auf die sie ging. Mein Großvater wurde inhaftiert. Die meisten unserer Verwandten ermordet, erschossen, vergast. Das Haus unserer Familie wurde in der Pogromnacht zerstört. Meine Familie musste fliehen, verarmt, verängstigt. Leben und Träume in Trümmern. Als meine Großmutter nach dem Krieg wieder nach Krefeld kam, sagte sie: „Die Nazis haben mir alles genommen, außer meinen deutschen Akzent. Und ich wünschte, den hätten sie mir auch genommen.“ – Das gehört auch zu meinen Erinnerungen: die Shoa, der Völkermord, christliche Mitschuld und Mittäterschaft an der Erniedrigung und Ermordung so vieler: Juden, Sinti und Roma, Homosexueller, Linker. Ich stehe heute hier auch als Opfer, als jemand dessen Erbe durch die Nazi- Brutalität geprägt wurde. Ja, auch das gehört zu meinen Erinnerungen und zum Gedenken, das mich prägt.

Als ich 1968 als junger Teenager durch Deutschland getrampt bin, wurde mir auf erschreckende Weise deutlich, dass die deutsch-jüdische Kultur meiner Familie nicht nur jüdisch war, sondern einfach deutsch. Das heißt, ebenso die Kultur der Nazis. Jahrzehnte später, in einem Gespräch mit dem damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer, erinnerte er mich daran, dass unser gemeinsames Erbe durch mehr als nur durch gemeinsame Gute-Nacht-Lieder geprägt ist. Die gesellschaftlichen Umbrüche 1968, in Deutschland wie in den USA, waren ein Aufbäumen gegen die Welt, die wir geerbt hatten. Wir, jüdische Kinder von Opfern ebenso wie Kinder von Nazis, haben so viel gemeinsam, meinte Joschka Fischer, dass wir nur gemeinsam den Schrecken der Vergangenheit Sinn abringen könnten; dass wir nur gemeinsam unsere Erinnerungen nutzen können, um eine gerechtere, bessere und verantwortungsvollere Welt zu schaffen. Als mir das klar geworden war, öffnete sich der Weg zur Versöhnung. Die gemeinsamen, die „guten Wege“ zu suchen, die darkhei noam, wie es in Sprüche 3,17 heißt, Wege des Friedens. Und auf diesen Wegen nachzusinnen, was es heißt: „Niemals wieder!“

Wie und woran, also, sollen wir gedenken? Und wie heilig soll das Gedenken sein? Der brillante jüdische Historiker Josef Yerushalmi schrieb in seinem Buch „Zakhor“, dass die Bibel kaum etwas mehr fürchtet, als den Verlust der Erinnerung. Die größte Mitzvah, das wichtigste Gebot der Tora ist es daher, zu erinnern und zu gedenken. Was aber, wenn die Erinnerungen unserer Welt überwältigen? Gibt es bei Erinnerung auch eine Gefahr? Und anders herum: Kann es auch so etwas wie ein heiliges Vergessen geben, wie Yerurshalmi fragt? Was wir erinnern und wie wir an Dinge gedenken, ist von entscheidender Bedeutung.

Daher also: Was heißt es, „Niemals wieder!“ zu sagen?

Für viele meiner jüdischen Geschwister bedeutet „Niemals wieder!“, dass wir Juden uns selber verteidigen müssen gegen die Übergriffe in einer brutalen Welt. Weil die Welt uns jedenfalls nicht verteidigen wird. Weil aus der Perspektive zu vieler auf dieser Welt der einzig gute Jude immer noch der leidende Jude ist, ein machtloser Jude. Weil Christen und Muslime niemals einen starken Juden akzeptieren werden, auch kein starkes Israel, das seine Feinde besiegen kann. Weil sie keine Welt akzeptieren werden, in der jüdische Lobby und jüdische Macht gebraucht werden können, um Stimmen im amerikanischen Kongress oder amerikanische Präsidentschaftswahlen zu beeinflussen. – Auch ich vertraue auf jüdische Stärke und Macht. Ich vertraue darauf, dass wir als jüdisches Volk in der Lage sein müssen, uns selber gegen die zu verteidigen, die uns anderenfalls zerstören würden. Als ich während des Abnutzungskriegs 1969 in einem Kibbuz in Israel lebte, habe ich die Grenze verteidigt gegen die, die mich, meine Familie und meine jüdischen Geschwister anderenfalls getötet hätten. – Ich habe keine Angst vor jüdischer Macht und Stärke, die gerecht und ethisch ist. Als Jüdinnen und Juden im 21. Jahrhundert müssen wir die Gelegenheit nutzen, die Gott uns am Berg Sinai gegeben hat, nämlich eine starke und heilige Nation zu werden. Um uns dabei selber auch verteidigen zu können, um niemals wieder so verletzbar zu sein, wie es meine Familie damals in Deutschland gewesen ist. Ich halte dies für eine notwendige Konsequenz aus dem „Niemals wieder!“, sowohl für Sie, als auch für mich, für Deutsche und für Juden, um unserer Erinnerungen willen. Wie Gott Abraham in Genesis 18 versprochen hat: „Deine Nachkommen werden ein großes Volk in einem eigenen Land sein.“ Das ist auch mein Erbe. – Und dennoch gibt es hier ein Problem: Das Judentum entstand in der Diaspora, der Zerstreuung, in einer Situation völliger Machtlosigkeit. Es ist verhältnismäßig leicht, ethische Standards einzufordern, wenn man selber unterworfen und unterdrückt ist, wenn man am Boden liegt mit einem Stiefel auf der Kehle und einem Gewehrkolben auf der Schläfe. Ethik mit Macht ist eine schwerere Sache. In dem Moment, wo Juden zu eigener Macht kommen, kann das Gedenken an die Shoa nicht mehr herhalten zur Rechtfertigung eigenen Verhaltens, nicht mehr herhalten zur moralisch-ethischen Selbstverteidigung. Nicht alle Kritik am Staat Israel, so werden wir sagen müssen, ist ein Produkt von Antisemitismus. Die Tora betont immer wieder die Verpflichtung Israels auf Recht und Gerechtigkeit. Das heißt doch aber: Das Gedenken an die Shoa verlangt, dass sich mein jüdisches Volk selber verteidigt. Das Gedenken an die Shoa kann aber nicht als Erklärung oder Entschuldigung für Ungerechtigkeit herhalten.

Es gibt noch eine andere Schlussfolgerung, die sich aus dem „Niemals wieder!“ ziehen lässt. Für mich bedeutet „Niemals wieder!“ auch, dass ich überall dort zur Verantwortung rufe, wo Böses geschieht, wo Völkermord droht, wo Diskriminierung und fanatischer Hass zum Kennzeichen einer Nation, eines Volkes, einer Religion werden. Meine Erfahrungen als Nachkomme von Überlebenden des Genozids am

jüdischen Volk, meine Erfahrungen als Nachfahre meiner ermordeten Familienmitglieder muss für mich als Lichtstrahl dienen, der das Böse hell erleuchtet, der mir hilft, die bösen Antriebe in der Welt zu bekämpfen, die so viel Leid verursachen.

Ich lese einige Verse des Propheten Jesaja, Kapitel 42,

„Ich, der HERR, habe dich gerufen in Gerechtigkeit und halte dich bei der Hand und behüte dich und mache dich zum Bund für das Volk, zum Licht der Heiden, dass du die Augen der Blinden öffnen sollst und die Gefangenen aus dem Gefängnis führen und, die da sitzen in der Finsternis, aus dem Kerker.“ (V. 6f)

Machen wir uns klar, was für eine Herausforderung an Gott es war, dass Abraham in Genesis 18 für Sodom und Gomorra eintrat und Gott entgegenhielt:

„Sollte der Richter aller Welt nicht gerecht richten?“ (V. 25)

Wenn von uns erwartet wird, dass wir selbst Gott zur steten Gerechtigkeit herausfordern sollen, um wie viel mehr wird von uns zu erwarten sein, dass wir gegen die Ungerechtigkeit von Regierungen vorzugehen haben, gegen Menschen, die mit ihren Worten Hass sähen, die Gewalt gegen Schwache zulassen oder sogar dazu anstacheln; Gewalt gegen Fremde, gegen die oder den „anderen“. In der Tora gibt es eine Vielzahl von Geboten, von Mitzvoth, aber nur ein einziges Gebot wird immer und immer wieder wiederholt, mehr als dreißig Mal: „Du sollst für die Witwe, den Waisen und den Fremdling sorgen, der in deiner Mitte wohnt, denn ihr seid selber Fremdlinge gewesen in Ägypten!“ Warum muss dieses Gebot so oft wiederholt werden? Vielleicht hängt das mit dem pathologischen Umstand zusammen, dass ein Kind, das missbraucht wurde, selber zum Täter werden kann. Dass das Opfer zum Täter werden kann. Hierin liegt in der Tat eine Gefahr auch für den Staat Israel, dass die Seele und die Erinnerung des jüdischen Volkes so schrecklich gekennzeichnet ist von den Misshandlungen.

Was Sie, hohe Synode, als Thema auf Ihre Tagesordnung gesetzt haben und weshalb ich heute hier bei Ihnen bin, ist eine außergewöhnliche Herausforderung: Ein Ringen um das Gedenken, ein Kampf um das „Niemals wieder!“ Was sollen wir tun, wenn wir im eigenen Überlebenskampf und in Selbstverteidigung des Staates Israel, der jüdischen Heimstätte, die 1947/48 wie der Phönix aus der Asche der Shoa entstanden ist, die Fähigkeit erhalten haben, ein anderes Volk zu unterwerfen, jahrzehntelanges Leid und Diskriminierung für die Palästinenser zu verursachen? Was sollen wir tun? Mit Sicherheit will ich die Juden 1940 in Deutschland in keiner Weise mit den Palästinensern 2016 gleichsetzen. Denn Palästinenser, die zur Hamas oder zum Islamischen Jihad gehören, die die Zerstörung Israels wollen, ermorden und terrorisieren Juden. Und selbstverständlich gab es auch schon Hass auf Juden, der schon vor dem Sechs-Tage-Krieg 1967 und auch schon vor der Staatsgründung Israels 1948 bei den arabischen Staaten verbreitet war. Und dennoch: Was sollen wir tun, frage ich, wenn das legitime Recht Israels, eine freie Nation in seinem eigenen Land zu sein, wenn dieses gleiche Recht nicht den Palästinensern zugestanden wird, nämlich ebenfalls eine freie Nation in eigenem Land zu sein? Ich habe von zwei verschiedenen Shoa-Erinnerungen gesprochen: Einerseits begründet das „Niemals wieder!“ das Recht auf Selbstverteidigung. Andererseits begründet es aber eben auch die Verpflichtung, wachsam bei Vorurteilen und bei Ungerechtigkeiten gegenüber einem unterdrückten Volk zu sein.

Die Resolution, die Sie für diese Synode entworfen haben, ist eine passende Antwort auf dieses Dilemma. Sie stehen fest, wie sie das als Evangelische Kirche im Rheinland und als Gesellschaft in Deutschland insgesamt seit Jahrzehnten schon tun, in der Solidarität für den Staat Israel und seine Bedeutung als eine Heimstätte des jüdischen Volkes. Sie unterstützen Israel als eine Gelegenheit für das jüdische Volk, Geschichte zu schreiben, die Traditionen, Texte und Erfahrungen des jüdischen Volkes zu nutzen, um eine demokratische Nation zu prägen, die jüdische Flüchtlinge aus aller Welt aufnimmt, die sich aber für das Recht all ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Israel als „Licht für die Völker“, als *or la-goyim*, als Erfüllung von einer der Verheißungen Gottes. Das ist Ihre Vision, die Sie von Israel haben. Und wenn es auch noch keine Realität ist, so sehen wir doch, Sie und ich, dass mit Glaube und Hoffnung unser Traum von Israel eines Tages Wirklichkeit werden kann.

Gleichermaßen stehen Sie heute, als Kirche, die für Recht und Gerechtigkeit eintritt, für das Recht eines palästinensischen Staates ein, als eine Heimstätte für das palästinensische Volk. Sie unterstützen einen Staat Palästina als Möglichkeit für das palästinensische Volk, Geschichte zu schreiben, seine entstehende Identität als einzigartiges Mitglied der Völkergemeinschaft zu nutzen, um eine Heimstätte für Palästinenser auf der ganzen Welt zu sein, um eine demokratische Nation aufzubauen, die das Recht all ihrer Bürger schützt, unabhängig von Religion, Geschlecht oder Geburtsort. Auch ein solches Palästina ist noch keine Realität, sondern vorerst nur eine Vision, ein Versprechen, und genau das setzt Ihre Resolution ins Recht. Die Worte, die Sie hier gefunden haben, werden kein gerechtes und demokratisches Palästina hervorbringen – das bleibt die Aufgabe des palästinensischen Volkes. Unsere Hoffnung muss aber sein, dass Ihre Initiative hier und heute zusammen mit anderen mutigen Initiativen zweierlei bewirken kann: dem palästinensischen Volk das Vertrauen zu geben, sein Schicksal selber konstruktiv in die eigenen Hände zu nehmen. Und dem Staat Israel das Vertrauen zu geben, dass sich ein zukünftiger Staat Palästina dem Frieden verschreiben wird.

Ihre Resolution ist kein Selbstzweck, sondern ist erst ein Anfang und noch nicht das Ziel. Ich möchte Sie aber ausdrücklich ermutigen, ziehen Sie los, predigen Sie, unterrichten Sie, unterstützen Sie die friedlichen, demokratischen Bemühungen von Israelis und Palästinensern. Heute gilt es oft schon als Häresie, wenn man überhaupt nur die Perspektive des Gegenübers hört. Sie können helfen, die Geschichten von Juden, Muslimen und Christen zu sammeln, die Leid erfahren haben und dennoch auf dem Weg der Koexistenz bleiben. Sie können die Geschichten von Respekt und Toleranz ins Licht rücken, statt nur auf die Gewaltgeschichten zu starren, die beide Seiten so oft vor sich hertragen. Sie können weiterhin Unterstützung und Stimme für viele Gruppen und Individuen sein, die so viele Grenzen überschreiten, um Palästinenser und Israelis zusammenzubringen. Stärken Sie die guten Ansätze und das konstruktive Engagement derer, die „Suchende des Friedens“ sind, *rodfei shalom*, statt auf den Horror zu blicken, der auf beiden Seiten verbrochen wird. Das Gute erleuchten, statt das Böse weiter anzufachen.

In der Mischna, im Traktat *Pirkei Avot* 2,6, heißt es: „Wo niemand ein Mann ist, sei ein Mann! (- oder, in heutiger, weniger sexistischer Sprache: „Wo keiner den Mut hat, sei mutig!“) In einer Situation, da die Verantwortlichen in Palästina und in Israel beide nicht Manns genug sind, um eine Differenzierung zwischen den beiden Ländern vorzunehmen, um ein Ende dieses Konflikts zu suchen, stehen Sie auf und erheben

die Stimme, zeigen auf einen Weg, der vorhanden ist und der aus dem Konflikt herausführen könnte. Chazak v'ematz – Seien Sie stark und unverzagt! Seien Sie hoffnungsfroh in Ihrem Bemühen einen Beitrag leisten zu wollen, dass sich der Verlauf der Geschichte vom Konflikt und Leid hin zu gegenseitigem Respekt, Hoffnung und Frieden wandeln möge.

Quelle:

<https://www.ekir.de/www/downloads/LS2016-B19.pdf> (2025-03).